

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jermuz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1534
Strohkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 34.

Dienstag, 10. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wäpne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für Remittenten Rabatt reichlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontura gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbelege können im voraus bei der Redaktion bestellt werden. Die Verantwortlichkeit für die Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Reichskanzler in Köln.

Köln. Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern nachmittag im Rathaus die Vorkände der Stadt und des Landkreisesverbandes, den Vorstand des Wirtschaftsausschusses, Mitglieder der Gewerkschaften und Vertreter der Presse des besetzten Gebietes. Die Vertreter dieser Organisationen trugen dem Reichskanzler ihre Wünsche vor, auf die der Reichskanzler in wiederholten Versicherungen einging. Überwiegend wurde dabei die Notwendigkeit der Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen den verschiedenen Wirtschaftskreisen, sowie zwischen der Regierung und dem Volk betont. Insbesondere wurde dem Reichskanzler gegenüber der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsregierung den materiellen Sorgen des besetzten Gebietes in wirksamer Weise ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden möchte.

Während des zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Luther von der Stadt Köln veranstalteten Festessens erstattete Oberbürgermeister Dr. Adenauer das Wort zu einer Rede, in der er zunächst den Reichskanzler mit herzlichster Freude willkommen hieß. Weiter sprach Dr. Adenauer von den Ämtern des besetzten Gebietes, namentlich der Kölner Zone und von der gerechten Empörung, die die Verzögerung der Räumung in allen Kreisen der Bevölkerung ausgelöst habe. Er beklagte sich aber auch über Unverständnis für die Lage des Rheinlandes, die in einem Teil der Öffentlichkeit des unbesetzten Gebietes zum Ausdruck kommt. Die Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Köln fand im ganzen Saale lebhafteste Zustimmung, gerade an den beiden hier erwähnten Stellen. Das sollte im Auslande wie im unbesetzten Deutschland als eine ernste Mahnung angesehen werden. — Die Ausführungen des Oberbürgermeisters endeten mit einem Hoch auf den Reichskanzler.

nicht nur im besetzten Gebiet, sondern im ganzen deutschen Volk besteht, folgendes bemerkte:

Ich habe namens der deutschen Regierung ausgedrückt, daß die deutsche Reichsregierung bereit ist, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten. Wenn man aber von der Lösung dieser Frage die Abhängigkeit von der Räumung der Rheinlande abhängig macht, so muß dieser Gedanke der ferneren Begründung im Vertrage von Versailles finden, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden.

Der Gedanke würde einen Niederbruch der juristischen moralischen Grundlagen für das Zusammenleben der Völker überhaupt bedeuten. Es wäre nicht nur das Gegenteil des Geistes, der zur Genugtuung Deutschlands im Londoner Abkommen zum Ausdruck gekommen ist, sondern es wäre überhaupt das Gegenteil des Gedankens internationaler Vereinbarungen, ja das Gegenteil des Gedankens des Sicherheitsvertrages selbst. Denn auch dieser Sicherheitsvertrag muß, wenn er seinen Zweck erfüllen soll, unter dem Gesichtspunkt der Achtung vor dem Vertrag stehen. Unter diesem Gesichtspunkt der Achtung vor dem Vertrag müssen wir auch die Bestimmungen in Anspruch nehmen, die sich beziehen auf die Räumung der nördlichen Rheinlande und in denen von Sicherheitsbedingungen nichts enthalten ist.

Der mißgünstige Ruhrkreditvorstoß. Die sozialistische Mitverantwortlichkeit offiziell festgestellt!

Berlin. Im Anschluß an die von den früheren Reichsministern Robert Schmidt und Sölkmann an die Reichsregierung gerichteten drei Fragen wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß von einer Reichsstelle niemals versucht worden ist, die am 3. November 1923 ausgeschiedenen sozialdemokratischen Reichsminister für die im Jahre 1924 erfolgte Auszahlung der Entschädigungen an die Ruhrindustriellen mit verantwortlich zu machen. Die auf Grund der amtlichen Protokolle und Akten vorgenommenen Richtigstellungen beziehen sich nur auf das Eingehen von Verhandlungen der Reichsregierung gegenüber dem Ruhrbergbau anlässlich der Ricumverträge. Nach einer Darstellung über die vorbereitenden Besprechungen zwischen der Reichsregierung und dem Ruhrbergbau, die durch das Schreiben von Stinnes am 7. Oktober 1923 eingeleitet worden waren, wird von unterrichteter Seite weiter ausgeführt, daß im Anschluß an einen weiteren Brief von Stinnes vom 20. Oktober, in dem über Verhandlungen zwischen der Ricum- und der Sechierkommission berichtet wurde, am 31. Oktober eine Kabinettsitzung stattfand, an der von sozialdemokratischen Seite Schmidt, Sölkmann und Raddbruch, sowie der preussische Ministerpräsident Brauns teilnahmen. Der einstimmige Beschluß des Kabinetts ermächtigte den Reichskanzler, auf der Basis der Vorschläge der Sechierkommission mit dieser zu verhandeln. Der Inhalt dieses Kabinettsbeschlusses ist am 21. Oktober im Schreiben an Stinnes niedergelegt worden. Weiter die weiteren Verhandlungen zwischen der Sechierkommission und der Ricum-berichter Stinnes in einer Besprechung am 31. Oktober, worauf am 1. November eine Kabinettsitzung stattfand. An dieser nahmen von sozialdemokratischer Seite Schmidt, Sölkmann und Raddbruch teil.

Reichskanzler Dr. Luther

erwiderte auf die Rede des Oberbürgermeisters unter anderem: Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit. Das ist die Auffassung der deutschen Reichsregierung und sie ihnen auszusprechen, obgleich es für jeden Deutschen selbstverständlich ist, bis ich zu Ihnen gekommen. Die deutsche Reichsregierung verfolgt die Not des besetzten Gebietes in vollem Bewußtsein der Tatsache, daß nun schon so manches Jahr dieses Gebiet für ganz Deutschland leidet. Das ist die selbstverständliche Politik, die die deutsche Reichsregierung verfolgt: Wir haben dafür gesorgt, daß das Rheinland nicht zur Reparationsprovinz wurde, wir werden weiter dafür sorgen, daß die politische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollzieht. Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Rheinlande nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinaus zu rufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind. Der Latbestand ist also der, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt worden sind.

Zu Verhandlungen ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, auch Ansprüche, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Entwaflnung erhoben werden oder die sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen auf schnellste auszuräumen.

Das Ziel der Verhandlungen, das wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein die schnelle Räumung der nördlichen Rheinlande, damit das Rheinland das erhält, was ihm nach dem Versailler Vertrage zusteht. Ich habe in meiner Rede am 30. Januar an den französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet, ob er entschlossen sei, die nördliche Rheinlande sofort zu räumen, nachdem die Besetzung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt ist. Ich habe auf diese Frage eine Antwort bis heute nicht bekommen. Wohl aber ist von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entwaflnungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden solle, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zustande kommt. Ich kann nicht annehmen, daß in dieser Auffassung die Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck kommt. Immerhin muß ich bei der begreiflichen Beunruhigung, die über diese Frage

Es ist die Frage angeknüpft worden, ob alle Deutsche sich der Tragweite bewußt sind, worum es sich bei der Fortdauer der Kölner Besetzung handelt. Da muß ich ansprechen, daß von der ungeheuren Bedeutung dieser Frage das ganze Deutschland durchdrungen ist. Das ganze deutsche Volk weiß, daß es sich bei der Lösung der Kölner Frage nicht um eine Frage des besetzten Gebietes, sondern um die Frage Deutschlands handelt.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat seine Ausführungen in einem Hoch auf den jetzigen Reichskanzler ausgedrückt. Ich sehe darin eine grundsätzliche Zustimmung zu den Zielen der Politik, die sich die gegenwärtige Reichsregierung stellt. Gerade aus dem Geiste heraus, den ich am Rhein fühle und der das große Schicksal über kleine und kleinliche Zwistigkeiten legen will, möchte ich von dieser Stelle aus die Bitte an das ganze Deutschland richten, der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für die Arbeit frei zu öffnen. Dazu gehört auch, daß die häufigen Versuche, Zwistigkeiten zwischen den Mitgliedern des Kabinetts zu schieben, eingestellt werden und daß die Gegnerschaft gegen das Kabinett nicht ausartet in gefälschte Feindschaft. Wenn sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt und sich auf eine Mehrheit stützen muß, so legt sie doch ebenso großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbildung keinen Ausschluß der Anderen von der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind, im staatsbedingenden Sinne mitzuarbeiten und da die ganz überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung zu solcher staatsbedingenden Mitarbeit bereit ist, so ist es gerade in der Stunde der Not Aufgabe des führenden Reichskanzlers, nach seinen Kräften dafür zu sorgen, daß die deutsche Willensbildung sich auf so breiter Grundlage vollzieht, wie irgend möglich.

Und noch einmal bitte ich, von mir sprechen zu dürfen, diesmal in ganz persönlicher Form. Dr. Adenauer hat gesagt, ich hätte im Rheinland meine zweite Heimat gefunden. Es ist mir Stolz und Freude, mich in dieser Stunde und an diesem Orte zu dieser Auffassung zu bekennen. Zweierlei habe ich in den Rheinlanden in mich aufgenommen, ich möchte es nennen: Deutsches Sein und deutsches Werden. Deutsches Sein, ausgedrückt in der deutschen Kultur des Rheinlandes, die aller als ein Jahretand ist und die aus dem Werden des deutschen Volkes nicht hinweggedacht werden kann, und deutsches Werden, das ist die große Frage, daß wir in dieser Technik gewordenen Welt die Möglichkeit finden, dem deutschen Volk eine neue danernde Stätte der Entwicklung zu geben. Hier im Angesicht des Kölner Doms fordere ich Sie auf, mit mir zu rufen: Hoch lebe der deutsche Rhein, der deutsche Rhein, er lebe hoch!

Die Versammlung erhob sich und stimmte begeistert in den Ruf ein.

In dieser Sitzung hat der Reichsminister des Innern Sölkmann, die Stellungnahme der sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts zu den Anträgen als Stimmhaltung zu betrachten.

Der Reichskanzler stellte fest, daß das Kabinettsmitglied den Anträgen der Sechierkommission zustimme und die Formulierung des Antwortschreibens dem vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Ausblick übertrage. Zu den Fragen der früheren Reichsminister Schmidt und Sölkmann ist danach folgendes festzustellen:

1. An den den entscheidenden Kabinettsitzungen vorangegangenen orientierenden Vorbesprechungen haben die sozialdemokratischen Minister nicht teilgenommen. Das entspricht durchaus dem ordentlichen Geschäftsgang innerhalb der Reichsbehörden, wonach an schließlich vorbereiteten Besprechungen nur die unmittelbar beteiligten Ressorts teilnehmen. Entscheidungen sind bei diesen Vorbesprechungen nicht gefallen. Diese sind vielmehr nur in den Kabinettsitzungen getroffen worden. An diesen Kabinettsitzungen haben ausnahmslos sämtliche sozialdemokratischen Minister teilgenommen.
2. In der Stimmhaltung könne eine Ablehnung der Verantwortung für die Haltung der Reichsregierung nach den Gepflogenheiten des Reichsministeriums nicht erblickt werden, zumal irgendein Einspruch grundsätzlicher oder sachlicher Art nicht erhoben worden war. Die grundsätzliche Entscheidung über die Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Ruhrbergbau anlässlich der Ricumverträge eingehenden Verpflichtungen war bereits am 30. Oktober unter Zustimmung auch der sozialdemokratischen Reichsminister gefallen.
3. Es ist richtig, daß sich keine Kabinettsitzung der großen Koalition mit der Frage der Zustimmung des Parlaments zu den Entschädigungszahlen befaßt hat. Wichtig ist jedoch auch, daß die Form der Auszahlung für die Frage der Eingehung der Verpflichtung völlig unerheblich ist. Für die spätere erfolgte Auszahlung der Entschädigungen kommt die Verantwortung des Kabinetts der großen Koalition selbstverständlich nicht in Frage. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts die Entschädigungsverpflichtung des Reiches gegenüber dem Ruhrbergbau anerkannt hatten.

Die Abreise nach München.

Berlin. (Funkdruck.) Reichskanzler Dr. Luther hat gestern abend Köln verlassen und um 11.58 Uhr die Reise nach München angetreten.

Herriot-Baldwin.

Voraussichtlich Anfang März wird Herriot dem englischen Premier besuchen, um die Schuldenangelegenheit und somit noch einige Fragen zu bereinigen. Uns Deutsche interessiert so am meisten, ob die Franzosen und Engländer bis dahin zu einem Entschluß wegen des Sicherheitspabtes und der Räumung Köln gekommen sein werden. Aber man braucht deshalb nicht zu glauben, daß für die Alliierten das Problem der Schuldentilgung weniger wichtig und ernst sei. Vielmehr beherzigt dieses Thema zurzeit, im Anschluß an die englische Schuldennote, vollkommen die Öffentlichkeit in Paris und London. Herriot hat sich bereit, dem englischen Finanzminister für den holländischen Ton der Note zu danken; an ihrem Inhalt aber zu zerbrechen sich die französischen Zeitungen noch die Zähne. Niemand kann leugnen, daß England in wesentlichen Punkten entgegenkommt, und daß es ein Recht auf die Forderung hat, entsprechend seinen Zahlungen an Amerika auch Zahlungen von seinen Schuldner, zumal Frankreich und Italien, zu erhalten. Aber es ist andererseits doch sehr ungerecht, Geldmahnungen an die schon Marianne zu richten, die soviel braucht, um sich auszuhalten gegen Deutschland und — gegen England!

Vor dem Ende der Militärkontrolle.

Berlin, 19. Februar. Wie verlautet, vertritt man in den Kreisen der Reichsregierung die Auffassung, daß mit der bevorstehenden Ueberreichung des Schlußberichtes der internationalen Generalinspektion das System der alliierten Kontrollkommissionen in Deutschland endgültig beseitigt wird. Selbst wenn die alliierten Regierungen versuchen sollten, von Deutschland noch die Abstellung der sogenannten Verfehlungen zu fordern, so könnte damit ein weiteres Verbleiben der Kontrollorgane in Deutschland nicht begründet werden. Vielmehr wird die deutsche Regierung bei den zu erwartenden Verhandlungen die Auffassung zum Ausdruck bringen, daß nunmehr die Ueberwachung der deutschen Abrüstung durch Organe des Völkerbundes zu erfolgen haben wird.

Teilmobilisierung in der Türkei.

(Genf. Savas) Davos gibt eine nichtamtliche Depesche aus Angora aus, wonach seit Mittwoch die türkische Regierung fünf Jahrestlassen mobilisiert.

Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Grans beantragt.

(Hannover. Die von zuständiger Seite verlautet, hat der zum Tode verurteilte Waffenschmied Gransmann in Briefen und Eingaben, darunter an den Verteidiger seines Mitschuldigen Grans, seine gegen diesen vor Gericht gemachten, ihn schwer belastenden Aussagen zurückgezogen. Der Verteidiger des Grans, Rechtsanwalt Lohse, hat Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Grans beantragt.